

Trump, Brexit und Populismus: Krise und Chance!

Zur Vision einer europäischen Demokratie und Gemeinwohlorientierung

Jörg Alt

Brexit, Donald Trump, Populismus und Nationalismus erschrecken viele. Gleichzeitig wachsen national und global die Spannungen aufgrund von Ungleichheit, Migration, Klimawandel, ohne dass nachhaltige und gute Lösungen erkennbar sind. Die These ist, dass diese Krisen als Chance verstanden und durch eine neue Große Erzählung von einem am Gemeinwohl orientierten Europa mit entsprechenden Reformen angegangen werden können – eine Verpflichtung für Christen und Kirchen.

Ungleichheit, die immer noch hohe Zahl von Menschen, die arbeitslos oder im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, Migration, Populismus, Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit – das alles ist nicht neu. Das gilt auch für die Manipulation und Täuschung der Öffentlichkeit über wichtige Sachverhalte mit halbweisen oder „alternativen Fakten.“¹ Der Zustrom von Migranten war immer schon ein willkommenes Instrument für Parteien des rechten Spektrums, auf Stimmenfang zu gehen: 1988 warnte Edmund Stoiber vor der „durchrassten Gesellschaft“, 1992 rief Helmut Kohl gar den „Staatsnotstand“ aus.

Die heute zur Verfügung stehenden Sozialen Medien sowie die globale Dimension und Dynamik machen die aktuelle Zeit jedoch zu etwas Besonderem: Der von Demoskopern nicht vorhergesehene Brexit, der Sieg Donald Trumps, alarmierende Stimmenanteile von Rechtspopulisten in Westeuropa und nationalistische Strömungen in Osteuropa wirken auf viele erschreckend. Dabei haben sich die zugrundeliegenden Problemursachen seit langem aufgebaut, ohne dass für sie angemessene und nachhaltige Lösungsansätze entwickelt wurden, weil sie aus einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler des angelsächsisch dominierten neoliberalen Paradigmas herrühren: der Diskrepanz zwischen globalen „Strömen“ und „Netzwerken“ einerseits, und nationalen Versuchen, diese zu regeln, andererseits. Der Widerspruch zwischen einer hohen (gewollten) Mobilität im Bereich von Wirtschafts-, Finanz- und Warenströmen sowie einer (ungewollter) Mobilität im Bereich Migration (Fachkräfte oder Touristen ausgenommen) hat zu den bisher untauglichen Versuchen der Nationalstaaten geführt, die freigesetzte Dynamik national und international wieder in den Griff zu bekommen. Aus diesen zwei Geschwindigkeiten und den daraus erwachsenden Spannungen erklären sich nach Ansicht des Verfassers viele große Probleme der Gegenwart. Das soll anhand von Ungleichheit, Migration und Fremdenfeindlichkeit veranschaulicht werden.²

¹ Man bedenke etwa die Ergebnisse der Untersuchung hinsichtlich der Bemühungen der britischen und amerikanischen Regierung, der Öffentlichkeit die Existenz von Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen einzureden (Committee of Privy Counsellors, 2016).

² Für detailliertere Ausführungen siehe die im Literaturverzeichnis aufgeführten Publikationen von Alt.

Symptome

Beschränkt man sich nicht auf nationale statistische Durchschnittswerte, sondern nimmt man die realen Haushaltseinkommen und Preisentwicklungen als Maßstab, zeigt sich, dass die Globalisierung der vergangenen Jahre die Einkommens- und Vermögenssituation am unteren Ende der entsprechenden Skala sinken oder stagnieren und die Mittelschicht schrumpfen ließ. Nur das obere und vor allem das oberste Segment legte weltweit zu: Die Gesellschaft polarisiert sich national und global immer weiter.³

Spätestens seit der Arbeit von Wilkinson und Pickett (2009) ist bekannt, dass diese Ungleichheit dazu führt, Probleme in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Straffälligkeit, Drogenkonsum etc. im unteren gesellschaftlichen Segment wachsen zu lassen. Dies wiederum hat eine sinkende soziale Mobilität und nachlassende gesellschaftspolitische Partizipation zur Folge. Parallel dazu wächst im oberen Segment ein unverhältnismäßig großer politischer Einfluss durch die Inhaber großer privater und betrieblicher Vermögen, denen daran gelegen ist, am Istzustand festzuhalten, Besitzstände zu sichern oder zu mehren.

Letzteres lässt sich für Deutschland belegen durch eine Studie im Kontext des fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Das Forscherteam stellt fest: „Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.“ (Elsässer, Hense, & Schäfer, 2016). Zaghafte Versuche der Politik, Vermögenskonzentration zu verringern, werden von Lobbyisten erfolgreich verhindert. Eine Diskursanalyse der Berichterstattung zur Erbschaftsteuerreform in der FAZ und FAS belegt die zunehmende Rezeption von Argumenten der Stiftung Familienunternehmen, die eben nicht in erster Linie die Mittelständler von nebenan vertritt, sondern die Interessen von schwerreichen Familiendynastien wie die der Henkels oder Quandts (Leipold, 2016). Auch international verhindern einflussreiche Eliten wirkungsvolle Reformen, etwa bei Überlegungen zu mehr Transparenz, Kooperation und Sanktionen beim Offshore Kapitalismus oder zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So bewährt sich auch hier der Ausspruch des US-Richters am Supreme Court Louis Brandeis, der 1941 sagte: "Wir können Demokratie haben oder großen Reichtum in den Händen von Wenigen. Aber nicht beides."⁴ Ähnliche argumentieren Joseph Stiglitz mit seiner Analyse der US-amerikanischen „Erbschaftsoligarchie“ (2012), Richard Freeman zum „ökonomischen Feudalismus“ (2012) oder Thomas Piketty zum „patrimonialen Kapitalismus“ (2014).

Wachsende Ungleichheit hat weltweit komplexe Reaktionsketten zur Folge: Inhaber großer privater und betrieblicher Vermögen in armen Ländern verschieben Geld auf illegale oder

³ National zu Unter- und Mittelschicht etwa Bach 2016, Bosch/Kalina 2015. International zu Unter- und Mittelschicht etwa Milanovic 2016 sowie die Basic Needs Basket Surveys (etwa für Sambia unter <http://www.jctr.org.zm/basic-needs-basket> abrufbar). National und international betreffend große Vermögen Piketty 2014), Oxfam 2017 sowie Reichtumsberichte von Vermögensverwaltern, etwa Crédit Suisse.

⁴ Siehe https://en.wikiquote.org/wiki/Louis_Brandeis

unerlaubte Weisen in Steuerparadiese (so genannte *Illicit Financial Flows*). Dadurch verliert etwa Sambia jährlich durchschnittlich ca. 2,9 Milliarden US Dollar, ohne dass der Staat sie besteuern kann, während das gesamte Staatsbudget 2014 nur ca. 2,7 Milliarden US Dollar betrug. So darf man sich weder wundern, dass solche Länder arm bleiben, weil sie nicht in Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser oder Jobs investieren können, noch darüber, dass Migranten diesem Geld in jene Länder folgen, in die es letztlich fließt und profitabel investiert wird (Alt 2016).

Mauern oder definierte Aufnahme-Obergrenzen werden dagegen wenig ausrichten können. Die Illusion, man könne in der global hochvernetzten Gesellschaft „nationalstaatliche Container“ (Beck 2007) für bestimmte Bereiche öffnen (Geld-, Waren-, Dienstleistungsströme), während man sie gegen andere abschottet, ist längst entlarvt. Die Vorstellung staatlicher „Handlungshoheit“ wird von Finanz- und Unternehmensakteuren ebenso unterhöhlt wie von „*Embedded illegal Migration*“. Die Einbettung unerlaubter Wanderungsbewegungen in legale oder scheinbar legale Waren- und

Nicht nur Waren- und Geldflüsse, sondern auch menschliche Wanderungsbewegungen folgen den Regeln globaler Märkte

Wanderungsbewegungen zusätzlich zu den klassisch illegalen Schleusungsoptionen zeigt immer deutlicher, dass auch illegale Migration letztlich ein Marktgeschehen ist: Es gelten die Regeln der Preisbildung je nach Nachfrage und Angebot. Mit einer gewissen Risikobereitschaft und der nötigen Geduld kann ein Migrationsprojekt trotz aller staatlichen Abschottungsmaßnahmen über private, soziale, kommerzielle und kriminelle Netzwerke organisiert und durchgezogen werden.

Viele Menschen verstehen diese Zusammenhänge nicht. Sie spüren gleichwohl, dass von Migration bis Demokratieversagen „etwas nicht funktioniert“ – und sie befürchten, die Rechnung zahlen zu müssen. Es scheint sich zu wiederholen, was eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle angesichts der Nachwende-Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland herausfand: Fremdenfeindlichkeit von Ostdeutschen ist dann besonders stark, wenn sie sich um ihre relative Position gegenüber Bessergestellten in der eigenen Nachbarschaft oder in Westdeutschland sorgen (Hyll/Schneider 2016). Dieses manchmal nur diffus vorhandene Gefühl nützen Populisten und Nationalisten aus und geben ihm Inhalt und Richtung, indem sie Sündenböcke präsentieren und vom eigentlichen Problem, nämlich der Ungleichheit, ablenken. Entsprechend meint Thomas Fricke, der ehemalige Chefökonom der Financial Times, Politiker sollten „sich etwas intensiver mit den Tücken der Globalisierung, der dramatischen Ungleichheit von Einkommen und der Grundreform des Finanzsystems beschäftigen. Und weniger mit Burkas. Das bremst weder die AfD - noch wird es den Unmut im Land beseitigen.“ (Fricke 2016).

Mit Vorstehendem ist die grenzüberschreitende und durch das neoliberale Wirtschaften beschleunigte Klima- und Umweltproblematik, ein weiteres Megaproblem, noch nicht einmal angesprochen. Es hat, wie Ulrich Beck bereits vor dreißig Jahren bemerkte, eine andere Dimension: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“ (1986, 48). Gegen Arme im Land kann man sich durch *gated communities* oder auf karibischen Inseln abschotten. Die weltweite

Übertragung von Krankheiten und Parasiten oder die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen trifft dagegen längerfristig jeden.

Ursachensuche

Zeit- und ideengeschichtlich ist der aktuelle *Mismatch* zwischen hochmobilen globalen Geldflüssen und Migrationsbewegungen einerseits sowie der staatlichen Hilflosigkeit andererseits die Folge einer Übergriffigkeit von Markt- und vor allem Wettbewerbsdenken in Bereiche, wo diese nichts zu suchen haben. Bezeichnender Weise hat Milton Friedman seiner Form des Kapitalismus ursprünglich den Namen „competitive capitalism“ gegeben; erst später wurde er als „neoliberaler Kapitalismus“ bekannt.⁵ Seine Begründung entwickelte sich zu einer globalen „Großen Erzählung“⁶, die andere Ansichten verdrängte, vereinheitlichte und überformte. Seit Margret Thatcher und Ronald Reagan politisch gefördert, durchdrang sie mit ihren Werten und Denkkategorien zunehmend außer-marktliche Diskurse und Entscheidungsprozesse. Papst Johannes Paul II kritisierte das bereits 2001: „Der Markt ist – als Austauschmechanismus – zum Medium einer neuen Kultur geworden... Wir erleben das Entstehen von neuen Mustern ethischen Denkens, die eigentlich nur Nebenprodukte der Globalisierung selbst sind...“ (Papst Johannes Paul II 2001).

Wettbewerb ist gut für Sport und weite Bereiche der Wirtschaft. Doch wäre es die Aufgabe von Staat und Demokratie, dem Markt und seinen Akteuren Regeln zu geben, um die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit sicherzustellen. Das Markt-Geschehen ist nur gerechtfertigt, wenn es Vielen nützt. In den letzten Jahrzehnten wurde das Wettbewerbsparadigma so weit in den Bereich staatlicher Hoheitsrechte und der Demokratie ausgedehnt, dass selbst eine Angela Merkel nach ‚marktkonformer‘ parlamentarischer Mitbestimmung rief.⁷ Zuvor Geltendes sowie alternative Ansätze sahen auf einmal überholt und antiquiert aus, der Weg wurde freigegeben für einen „Standortwettbewerb“, wodurch staatliche Handlungsfähigkeit zuerst manipuliert, dann kastriert wurde. Niemand wollte schließlich als Wettbewerbsverlierer dastehen. Selbst eines der stärksten Regulierungsinstrumente des Staates, seine Steuerhoheit, wurde dem „Steuerwettbewerb“ anheimgegeben. Das hatte potenziell selbstmörderische Folgen, wie Paul Kirchhof es formulierte: Steuerwettbewerb „führt in die Selbstaufgabe. Sein Ziel wäre erreicht mit einem Nullaufkommen, dem Tod des Finanzstaates.“ (Kirchhof 2011, III).

⁵ Siehe Friedman 1982, 12) und Hartwich 2009.

⁶ Als Jean-Francois Lyotard seine Schrift „Das Postmoderne Denken“ 1979 veröffentlichte, war der Begriff der „neoliberalen Globalisierung“ noch recht unbekannt. Seine Charakterisierung der Dominanz westlichen Denkens erfüllt aber die Kriterien, die er andernorts an eine „Große Erzählung“ knüpft: „The point is that there is a strict interlinkage between the kind of language called science and the kind called ethics and politics: they both stem from the same perspective, the same ‚choice‘ if you will – the choice called the Occident.“ (S. 8)

⁷ Wir werden „Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“ (Merkel 2011).

Last not least: Wettbewerb von Marktteilnehmern unter den aktuellen Bedingungen wird durch genau jene Ungleichheit verzerrt, welche er hervorbringt: Wettbewerb funktioniert dann gut, wenn alle Marktteilnehmer gleiche Bildung und gleiche Chancen sowie das gleiche Maß an Informationen und gleiche finanzielle Mittel beim Marktzugang haben. Ungleichheit verzerrt alle dies, indem jene am unteren Ende immer weniger, jene am oberen Ende immer mehr davon besitzen. Entsprechend nimmt die soziale Mobilität ab, Unten und Oben verfestigen sich, die einen resignieren, die anderen regieren.

Fundamente

All dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Europäischen Integration. Man lese etwa folgenden Auszug aus Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union:

„Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“

Den Einfluss neoliberalen Wettbewerbsdenkens erkennt man daran, dass die Marktwirtschaft nicht schlicht als „sozial“, sondern zusätzlich als „in hohem Maße wettbewerbsfähig“ charakterisiert wird. Das lässt die Priorität erahnen, wenngleich hier wie andernorts noch andere Traditionen erkennbar sind – nicht zuletzt die der Katholischen Soziallehre.

Bei weiterer Lektüre der Verträge wird deutlich, in welchem Ausmaß neoliberales Denken die Dokumente prägt: So ist alles, was mit „(Binnen-)Markt“ zu tun hat, detaillierter und präziser gefasst als andere Vertrags- und Politikbereiche, die oft nur noch als „Platzhalter“ oder „Worthülse“ erwähnt sind. „Das wachsende Gewicht des Binnenmarkts, ohne dass dieser sozialrechtlich eingebettet wurde, hat die Balance zwischen den wirtschaftlichen Grundfreiheiten und den sozialen Grundrechten [...] verschoben. [...] Der marktwirtschaftliche Wettbewerb wurde zur Grundform gesellschaftlicher Beziehungen überhaupt erklärt.“ (Hengsbach, 2017, S. 38) Hengsbach verweist zwar auf soziale Dimensionen der Europäischen Union wie etwa die Strukturfonds oder die „Unionscharta der sozialen Grundrechte“. Dennoch kann man, so Jean-Claude Juncker, nicht von einer „Europäischen Sozialunion“ sprechen, „weil sonst kriegen alle deutschen Ordnungspolitiker sofort wieder Schüttelfrost.“ (Zitiert nach Hengsbach 2017, 40).

Entsprechend endete denn auch der Europäische Sozialgipfel im November 2017 in Göteborg. Zwar wurden Kernbausteine für eine „soziale Säule“ der EU definiert, aber: „Die ‚soziale Säule‘ steht vorerst alleine im Raum und hat nichts zu tragen. Die im Papier festgeschriebenen Rechte auf lebenslanges Lernen, bessere Gesundheitsfürsorge oder effektiveren Datenschutz - alles unverbindliche Forderungen, die vor allem ein gutes Gefühl

verbreiten und es den stärker werdenden EU-Skeptikern und Populisten schwerer machen sollen.“ Für eine komplette oder teilweise Umsetzung sind die einzelnen Mitgliedsstaaten zuständig, ebenso können die Rechte nirgends eingeklagt werden.⁸

Entsprechend wächst der Sprengstoff aus der Zweigleisigkeit zwischen der „Vergemeinschaftung“ in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen einerseits, und all jenen Bereichen, die de facto auf der Ebene der Nationalstaaten verblieben andererseits, etwa Sozial-, Einwanderungs- oder Sicherheitspolitik. Jegliche Reformen wurden und werden akut erschwert durch das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat, welches in sensiblen und wichtigen Fragen erforderlich ist und das den *status quo* zementiert. Und noch schlimmer: Weil all dies die Handlungsfähigkeit behindert, werden in Krisenzeiten die EU-Verträge durch zwischenstaatliche Abmachungen umgangen. So geschah es jedenfalls, als es um die „Eurorettung“ ging (sprich: die Rettung deutscher und französischer Banken auf Kosten von EU Krisenländern und den Eurozonen-Steuerzahlern (Schumann 2013)). Diese und andere Konstruktionsfehler begünstigen intransparenten Lobbyismus und erschweren eine demokratisch kontrollierte Gestaltung. Sie erklären das unentschlossene Vorgehen gegen Drohgebärden Russlands ebenso wie die peinliche Handhabung der Migrationskrise innerhalb der EU (Dublin Übereinkommen, die Last der Grenzregionen) und außerhalb der EU (Türkei, Libanon, Nordafrika...).

Soll Europa eine gemeinsame Zukunft haben muss die EU wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Die Bürger müssen sich die Macht der demokratischen Kontrolle aneignen.

Chance

Entwicklungen seit dem Brexit und Donald Trumps Wahlsieg zeigen, wohin die Reise in Großbritannien und den USA wirklich geht: Das neoliberale Elitenprojekt wird im angelsächsischen Raum wohl keine populistische Vollbremsung hinlegen, sondern, mit protektionistischen Beigaben, nochmals richtig Gas geben. Die Finanzmärkte werden wieder dereguliert, Handelspolitiken zu Gunsten armer Länder aufgekündigt, Einschränkungen der Wirtschaft durch arbeitsrechtliche oder ökologische Auflagen aufgehoben, die Steuerpolitik neu gedacht.⁹ Die Architekten dieses Konzepts und deren erschreckende Arroganz werden

⁸ Eine „soziale Säule“ für Europa (17.11.2017). In: Tagesschau. Abgerufen von <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-sozialgipfel-101.html>

⁹ Der Trend ist deutlich auf Seiten der USA: Trump dreht die Bankenregulierung zurück (3.2.2017). In: Handelsblatt. Abgerufen von <http://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/dodd-frank-gesetz-trump-dreht-die-bankenregulierung-zurueck/19343066.html> . Congress and Trump just made corruption by US companies easier. In: The Hill. Abgerufen von <http://thehill.com/blogs/pundits-blog/finance/321340-corruption-by-us-companies-just-got-easier> . A middle class tax cut? Hardly (19.11.2017). In: Los Angeles Times. Abgerufen von <http://www.latimes.com/opinion/op-ed/la-oe-mcmanus-tax-plan-20171119-story.html> . Aufgrund der laufenden Brexit Verhandlungen hält man sich in Großbritannien noch bedeckt, immer wieder werden aber „Ideen“ ventiliert und dementiert, zum Beispiel: Trump vs. May: UK could win race to slash corporate tax, again. (21.6.2017). In: Fox Business. Abgerufen von <http://www.foxbusiness.com/politics/2017/06/21/trump-vs-may-uk-could-win-race-to-slash-corporate-tax-rate-again.html> . UK will not become a tax haven after Brexit,

sichtbar in Äußerungen wie: „Das macht ein großer Staat, und die anderen werden wie Dominosteine umfallen.“¹⁰ Auf dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 wäre man schlecht beraten, sich diesem Schub anschließen zu wollen, obwohl einige bereits dafür werben, sich „anpassen“ zu müssen. Die Tatsache, dass auch Trumps Vorgänger, darunter Barack Obama, Verfechter von (neoliberalem) Freihandel waren sowie die Tatsache, dass USA und UK die weltgrößten Steueroasen sind,¹¹ warnt, was systemischen Wandel betrifft, vor überzogenen Hoffnungen.

Auch gegenüber China sollte man Vorsicht walten lassen. Trotz Xi Jinpings Werben auf dem Weltwirtschaftsforum 2017 in Davos: Es handelt sich um einen sehr egozentrisch agierenden Koloss auf tönernen Füßen, mit gigantischen Problemen in den Bereichen Ökologie, sozialwirtschaftliche Stabilität und Menschenrechte.

Schließlich ist der Nationalismus einzelner EU-Länder erst recht kein Weg, da er das Ende der Europäischen Integration riskiert und damit 50 Jahre Frieden und unvergleichlichen Wohlstand in Europa: Kein Staat in Europa ist mächtig genug, um die gewachsene Globalität und Vernetzung aufzulösen, dennoch seinen Wohlstand zu bewahren und zugleich maßgeblich an der Lösung der globalen Probleme mitarbeiten zu können. Die EU wiederum als der weltgrößte Binnenmarkt mit über 500 Millionen Einwohnern wäre ein globales Schwergewicht, wenn es denn wollte!

Im europäischen Wohlstandsmodell sollte die Demokratie nicht länger dem Markt untergeordnet sein

Vielleicht war die bisherige Phase der Globalisierung überambitioniert und konnte deshalb nicht klappen? Ist es Zeit, die Notbremse zu ziehen, kleinere, regionale Brötchen zu backen, Neuanfänge zu erproben? Warum nicht Europa von den krisenanfälligen Kolossen der Postmoderne bestmöglich abkoppeln und ein eigenes Wohlstandsmodell vorantreiben? Weg von der marktkonformen Demokratie und hin zum demokratiekonformen Markt?

Freilich: Die bisherigen Initiativen, die EU zu reformieren und sowohl attraktiver als auch effizienter zu machen, haben allesamt auch Nachteile:

- Zunächst der Vorschlag der EU Kommission, den auch Angela Merkel befürwortet: Ein Europa der Zwei Geschwindigkeiten (European Commission 2017). Das Weißbuch zur Zukunft Europas enthält zwar eine Option 5 für jene, die „viel mehr gemeinsam machen wollen“, etwa eine gemeinsame Außen-, Flüchtlings- und Verteidigungspolitik oder sogar eigene europäische Steuern erheben (siehe: High Level Group on Own Resources 2016).

says Philip Hammond (31.2.2017). In: The Independent. Abgerufen von <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/uk-tax-haven-brexite-regulations-philip-hammond-le-monde-economy-a7868331.html>

¹⁰ Das Zitat wird den Architekten der US-Steuerreform, Alan Auerbach (Berkeley) und Michael Devereux (Oxford) zugeschrieben (Schäfers 2017).

¹¹ Laut Financial Secrecy Index 2018 (siehe <<https://www.financialsecrecyindex.com/>>) ist Großbritannien mit seinen abhängigen Territorien die weltgrößte Steueroase, die USA legen aktuell im Schattenfinanzsektor zu und es ist zu erwarten, dass sie in Bälde die Schweiz überholen.

Dies innerhalb des gegenwärtigen Rahmens würde jedoch die Spaltung Europas in Ost und West eher vertiefen.

- Ähnliches gilt für die sehr weitgehende Vision von einem demokratisch strukturierten Europa der Regionen, wie sie Ulrike Guérot vertritt. In ihrem Buch spricht sie selbst den neuralgischen Punkt an und fragt nach dem „historischen Subjekt“, welches die von ihr propagierten Veränderungen vorantreiben könnte. Eine überzeugende Antwort findet sie nicht (Guérot 2016a, 228ff.).
- Aber könnte ihre Idee nicht mit der Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ verbunden werden, die in Ost und West für eine Reform der Europäischen Union demonstriert? Ihr Selbstverständnis ist deutlich: „Wir Europäer müssen unser Schicksal beherzt in die Hand nehmen. Jetzt ist die Zeit, sich einzubringen und aktiv zu werden – nicht gegen, sondern für etwas. Es ist nicht die Zeit der Proteste. Es ist Zeit, für die Grundlagen unserer Wertegemeinschaft im positiven Sinne einzustehen.“ Beim genaueren Hinschauen, stößt man auf zehn Thesen, die wiederum eher Maßstäbe zur Messung von Forderungen und Positionen benennen, als dass sie konkrete Pläne oder Strategien reflektieren.¹²
- Bleibt noch Emmanuel Macron und seine Visionen für Europa, vor allem die Eurozone.¹³ Diese fokussieren zu sehr auf marktliberale Prozesse und klammern andere, die ebenso wichtig für ein fortentwickeltes Europa wären, aus: Natürlich wäre ein gemeinsames Budget sinnvoll, aber ebenso Haushalts- und Ausgabendisziplin oder soziale Standards. Stärkt man einige Bereiche unter Vernachlässigung anderer, die der Bevölkerung aber vielleicht genauso wichtig sind, werden Schieflogen nicht beseitigt sondern bestenfalls verschoben.

Das Motto dieses Artikels lautet daher „Zurück in die Zukunft“: Im Rückgriff auf wichtige Strömungen der europäischen Geistesgeschichte müsste versucht werden, Europa zu einer Alternative zu anderen globalen Ordnungsmodellen, etwa dem angelsächsisch-neoliberalen oder dem Chinesischen Imperialismus, werden zu lassen. Dabei kommen der Katholischen Soziallehre und der katholische Kirche eine besondere Bedeutung zu: Sie können zur inhaltlichen und institutionellen Klammer werden und zu einer west- und osteuropäische Länder verbindenden Grundlage anstelle der aktuell stark divergierenden Konzeptionen von Europa.¹⁴

Vision

Bei einem solchen Ansatz käme dem Gemeinwohlgedanken große Bedeutung zu, welcher der europäischen Denktradition seit Jahrtausenden innewohnt: Von den Schriften des Aristoteles über Ciceros und Thomas von Aquin bis zur Kirchlichen Soziallehre, vom

¹² Siehe Website <https://pulseofeurope.eu/de/>

¹³ Ettel, A./ Zschäpitz, H. (26.9.2017) So teuer wird Macrons Vision vom neuen Europa. In: Die Welt. Abgerufen von <https://www.welt.de/wirtschaft/article169054922/So-teuer-wird-Macrons-Vision-vom-neuen-Europa.html>

¹⁴ Siehe auch Alt, o.J. und Alt 2014.

Gesellschaftsvertrag des Humanismus bis zu den Christdemokraten und den Sozialdemokraten der Nachkriegszeit, von der mittelalterlichen Allmende-Wirtschaft bis zur Gemeinwohlökonomie:¹⁵ Überall nimmt dieser Begriff einen zentralen Stellenwert ein. Das Kompendium der Soziallehre versteht darunter

„die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“. Das Gemeinwohl besteht nicht in der einfachen Summe der Einzelgüter eines jeden Subjekts im sozialen Gefüge. Als Wohl aller und jedes Einzelnen ist und bleibt es gemeinsam, weil es unteilbar ist und nur gemeinsam erreicht, gesteigert und ... bewahrt werden kann. (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, 133f.)

Der Gemeinwohlgedanke ist zudem eine Antwort auf den von den Päpsten oft kritisierten exzessiven Individualismus und Egoismus, Materialismus und Konsumismus, die die Triebkräfte des angelsächsisch geprägten Neoliberalismus sind. Gemeinwohl steht in Relation zu dem Prinzip des Personalismus. Es besagt, dass „das gesamte gesellschaftliche Leben ... Ausdruck seines unverwechselbaren Trägers: der menschlichen Person“ [ist, dessen] „Würde ... unantastbar ist.“ (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, 97f.). Gemeint ist die Würde aller Menschen, nicht nur die weniger Privilegierter. Weil hier eine Schieflage besteht und gegengesteuert werden muss, ordnet das Kompendium der Katholischen Soziallehre dem Gemeinwohl die Unterprinzipien der „Allgemeinen Bestimmung der Güter“ sowie die „Option für die Armen“ zu. Damit lässt sich das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit verknüpfen, entsprechend der Beobachtung von Papst Franziskus: „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.“ (Papst Franziskus 2015, Nr. 139)

Weitere wichtige Prinzipien der Soziallehre sind Solidarität und Subsidiarität, die ebenfalls ausgewogen betrachtet werden müssen: Die Sicherung von Solidarität kann in vielen Bereichen nicht allein der Staat gewährleisten. Familien, Städte, zivilgesellschaftliche Initiativen oder Sozialpartner können durchaus Gerechtigkeitsdefizite solidarisch angehen.¹⁶ Gleichzeitig müssen Staaten in der Lage sein, diesen subsidiären Akteuren Raum zum effektiven Handeln zu sichern.

Die Verantwortung für das Gemeinwohl kommt nicht nur den einzelnen Personen, sondern auch dem Staat zu, weil das Gemeinwohl die Daseinsberechtigung der politischen Autorität ist. Der Staat nämlich muss den Zusammenhalt, die Einheitlichkeit und die Organisation der zivilen Gesellschaft, deren Ausdruck er ist, dergestalt garantieren, dass das Gemeinwohl

¹⁵ Siehe Guérot 2016 und Felber 2014. Insbesondere das „Ahlener Programm“ der CDU aus dem Jahr 1947 verdient Erwähnung: Dort heißt es gleich am Anfang: „Das kapitalistische System ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volks nicht gerecht geworden“, weshalb nur eine Neuordnung in Frage käme. Ziel dieser Neuordnung solle „nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Darum müsse eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ umgesetzt werden.

¹⁶ Interessant hierzu etwa die Ausführungen von Papst Benedikt XVI zu zivilgesellschaftlichen Gruppen als dritter Akteur neben Markt und Staat in Kapitel III seiner Enzyklika *Caritas in veritate* (2009).

durch die Mitwirkung aller Bürger erreicht werden kann. (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, 136)

Zwar sind Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre bereits in den Europäischen Verträgen enthalten, doch stehen sie bisher unter dem Diktat der Großen Erzählung des Neoliberalismus. Ihr Potenzial können sie jedoch nur entfalten, wenn sie unter einer neuen Großen Erzählung interpretiert und angewendet werden können – der Erzählung von einem Europa, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Konkretion

Auf diesem Hintergrund könnte eine europäische Reform in zwei Schritten geschehen:

- Beim ersten Schritt geht es um den Umbau und die Aufwertung der existierenden europäischen Institutionen:
 - Der Reformansatz beginnt beim Europäischen Parlament. Aufgrund des Prinzips der „degressiven Proportionalität“ vertritt aktuell ein Deutscher Abgeordneter 859.000, ein maltesischer Abgeordneter 80.000 Bürger. Ein wichtiges Element demokratischer Legitimation ist aber, dass Wählerstimmen gleiches Gewicht haben. Zudem muss das Europäische Parlament mehr Rechte erhalten, damit es gegenüber Kommission und Rat mit dem Gewicht auftreten kann, das dem Souverän zusteht. Dazu gehört zunächst das Budgetrecht, d.h. das Recht Steuern zu erheben und deren Ausgaben zu überwachen.
 - Die Kommission sollte sich darauf beschränken, als Regierung zu fungieren; die Aufgaben einer Hüterin der Europäischen Verträge würden vollständig auf den Europäischen Gerichtshof übergehen.
 - Der Europäische Rat sollte entlang dem Modell des deutschen Bundesrats reformiert werden und somit den notwendigen Proportionalitätserwägungen Rechnung tragen: Es hätte nicht mehr jedes Land eine Stimme, sondern die Stimmen wären entsprechend der Bevölkerungszahl gewichtet.
 - Um bereits in der ersten Reformstufe die europäische *governance* zu erweitern, ist es entscheidend, das Einstimmigkeitsprinzip aufzugeben und grundsätzlich durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Dies ist nach dem Brexit immerhin prinzipiell nach Artikel 48 des Lissabon Vertrags möglich (Barbière, 2017).
- Der zweite Reformschritt liegt vor allem im Interesse der kleinen Länder. Der Vorschlag wurde von Ulrike Guérot ausgearbeitet. Es geht um die Abschaffung der Nationalstaaten und deren Ersetzung durch eine Europäische Republik. Sie wird verstanden als ein Verbund von Metropolen und Regionen unter Wiederaufwertung natürlicher geographischer, sprachlicher und kultureller Grenzen. Diese würden je zwei Vertreter in ein Europäisches Oberhaus (Senat) entsenden; es könnte den reformierten Europäischen Rat ersetzen (Guérot 2016a).

Wie antwortet diese Vision auf die oben geschilderten Probleme?

Zunächst existierte wieder ein wirtschaftlich hinreichend großer und lebensfähiger, demokratisch legitimierter Gestaltungsraum, um die aktuell zerstörerischen

Wettbewerbsgesetze entlang sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu reformieren¹⁷ und, sofern nötig, mit Grenzausgleichssteuern zu schützen (WBGU, 2011).

Sodann ließe sich aus den Erfahrungen der sozialen Marktwirtschaft lernen: Diese bescherte der „alten Bundesrepublik“ großen und gleichmäßig verteilten Wohlstand, weshalb sie von Kanzlerin Merkel in Davos als „dritter Weg“ angepriesen wurde (Merkel 2009).

Einkommens- und Vermögensungleichheit könnten durch eine Neujustierung der Löhne und Gehälter im Rahmen einer wirkungsvollen Sozialpartnerschaft zurückgedrängt werden. Dies würde den Binnenkonsum steigern und mehr Geld für Investitionen generieren. Sollte

Steuerrecht und soziale Standards müssen länderübergreifend harmonisiert werden

hingegen die strukturelle Arbeitslosigkeit aufgrund von Digitalisierung und Robotisierung im Zuge von Industrie 4.0. steigen und sich verfestigen, wäre, neben der Einführung einer „Maschinensteuer“, auch über eine Neuverteilung von Arbeit, Freizeit und Ehrenamt nachzudenken. Zentral wäre eine Harmonisierung des Steuerrechts und der sozialen Standards, etwa beim Schutz menschlicher Arbeit gegen Ausbeutung oder hinsichtlich einer angemessenen Sozialversicherung für alle Unionsbürger. Bei einem Wechsel vom derzeitigen europäischen Steuerwettbewerb hin zu einer Steuerkooperation könnte die öffentliche Hand genügend Steuergelder einnehmen, um die geographische Mobilität zu ergänzen durch die Wiederherstellung sozialer Mobilität, damit die Versprechen von Chancengleichheit wieder eingelöst werden können.

Nach außen muss das neue Europa sich abgrenzen und profilieren: Vor allem muss gefragt werden, wie Souveränität gegenüber den globalen Finanzströmen wieder zurückerlangt werden kann. Ein wichtiger Schritt wäre ein entschlossenes Gegensteuern angesichts der von Trump erneut forcierten Deregulierung der Finanzmärkte. Dazu gehören auch die Bekämpfung des Offshore Kapitalismus und ein Verbot all jener Produkte und Praktiken der Finanzindustrie, die nicht nachweislich der Realwirtschaft dienen.¹⁸

Insbesondere gilt es, sich gegenüber den USA und China abzugrenzen: Versuchen die USA weiter, wie etwa im Kontext von FATCA,¹⁹ nationale Interessen auf Kosten multilateraler Vereinbarungen durchzusetzen, oder kopiert China weiter geistiges Eigentum, gilt es, dagegenzuhalten. Europa kann hier deutlich mehr tun als gemeinhin angenommen. Wäre sich die EU beispielsweise einig, Steuerparadies-Praktiken in ihrem Geltungsbereich nicht mehr zu tolerieren, wäre dies auch eine moralische Rechtfertigung, dies von anderen zu fordern.

¹⁷ Hierzu gibt es bereits Vorschläge, die mit geltenden EU- und WTO-Standards kompatibel sind, beispielsweise Hoffmann 2016.

¹⁸ Bei der Vorstellung ihrer Studie zur Bekämpfung der Offshore Ökonomie meinen Joseph Stiglitz und Mark Pieth: „Mit Blick auf den künftigen US-Präsidenten Donald Trump (dem selbst Steuervermeidung nachgesagt wird) werde in den nächsten Jahren aber wohl Europa die Führung übernehmen müssen.“ (Höltzsch 2016). Ebenso CDU Finanzexperte Brinkhaus 2017, Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt (2009) oder Ex-FSA Aufseher Lord Adair Turner (2009).

¹⁹ Im Zuge der Umsetzung des *Foreign Account Tax Compliance Act* drohten die USA, nicht-kooperierenden Banken den Zugang zum US Markt zu sperren.

Gerade in Europa gibt es außerhalb der EU Steueroasen wie die Schweiz, Liechtenstein oder Monaco, denen gegenüber Gabriel Zucman Strafzölle in der Höhe vorschlägt, die ihnen Vorzüge als Steueroase einbringen. Recht bald, so Zucman, dürfte auch dieses Problem beseitigt sein (Schwarz 2017).

All dies mag kurzfristig zu Verlusten führen – vermutlich aber am ehesten bei den obersten Einkommen. Im Gegenzug könnte man so mittelfristig wichtige Kernbestände europäischen Wirtschaftens besser schützen. Insbesondere müssen Wirtschafts-, Produktions- und Eigentumsformen, die die neoliberale Gleichmacherei überlebt haben, unter besonderen Schutz gestellt werden: etwa Genossenschaften, Sparkassen oder kleine und mittelständische Unternehmen.

Europa muss schließlich die entstandenen Schief lagen wieder korrigieren, die es in Abhängigkeit von den USA brachten – etwa in den Bereichen von IT, Software oder Rüstung. Als richtig und nötig erkannte Innovationen, etwa bei Green Technology, müssen vorangetrieben werden, auch um den Preis erheblicher öffentlicher Subventionen und Investitionen. Nachfolgende Generationen werden es uns danken.

Durch das Vorstehende würden die direkte (über Wahlen) und die indirekte (über zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse) Partizipationsfähigkeit der Bürger wieder belebt werden. Im Gefolge der skizzierten Reform der europäischen Institutionen könnten Entscheidungen wieder dort getroffen werden, wo sie hingehören: im Parlament. Spüren die Menschen erst einmal, dass in ihrem Sinne, in ihrem Interesse regiert wird, bringen sie sich auch wieder ein.

Exkurs

Angesichts der Tatsache, dass Populisten in vielen Ländern der EU zulegen und pro-Europäisches Regieren immer schwieriger wird, kann ein Vorankommen nur dann beginnen, wenn auch die Konstruktionsfehler in der bisherigen Eurozonenpolitik eingestanden werden und zugegeben wird, dass einige dauerhaft auf Kosten anderer profitieren konnten.

Dies erfordert einen Neustart, wobei den Südländern zugleich die über die Jahre zugewachsenen Schulden aus dieser Situation abgenommen werden müssten (etwa einem „(Alt-)Schuldentilgungsfonds“), um sie von diesem Klotz am Bein zu befreien. Gegen vernünftige Regeln zu dem, was nach diesem Neustart getan oder nicht getan werden darf, spricht natürlich nichts, solange diese Regeln nicht nur fair und transparent sind, sondern, auch dies anders als bisher, von allen respektiert und angewendet werden müssen.

Wichtig ist, dass die Eurozone gegen „die Märkte“ und deren Akteure abgesichert wird, dazu gehört, dass die Akteure einer demokratischen Kontrolle unterworfen und die schwächsten Glieder gestärkt werden. Hier sind Banken- und Kapitalmarktunion bestenfalls der Anfang.

Entscheidend ist, „den Märkten“ klarzumachen, dass alle Mitglieder der Eurozone, immer noch die weltweit stärkste Wirtschaftszone, eine Solidarunion bilden und füreinander einstehen und bereit sind, alle spekulationsbedingten Angriffe abzuwehren. Dies sollte offen und transparent geschehen und nicht verschwurbelt wie aktuell über die Gießkannen-Zinspolitik der Europäischen Zentralbank. Konkret würde dies das bedeuten, was heutzutage unter den (von Gegnern geframten) Stichwörtern „Schulden-“ und „Haftungsunion“ in den

Diskurs eingebracht wurde. Ob dies über Eurobonds oder Anweisungen an die EZB zu einer gezielten Aufkaufpolitik geregelt wird, wäre dann erstmal egal.

Diese Abwehrmaßnahme gälte es mit Fördermaßnahmen zu verbinden, die die Unterschiede zwischen den Eurozonenstaaten bzw. die unterschiedlichen Angriffsflächen/Anfälligkeiten gegen exogene Schocks zu verringern. Dies kann auf verschiedene Weisen angegangen werden.

Im Sinne der Subsidiarität könnte zunächst überlegt werden, die Maastricht-Kriterien auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Dies würde die Verschuldungsspielräume der Staaten erhöhen, ohne dass angesichts der Überschüsse bei privaten und unternehmerischen Haushalten volkswirtschaftliche Probleme bestünden.

Sollte Verschuldung abgelehnt werden, wären steuerfinanzierte Umverteilungen denkbar: Private und betriebliche Vermögen sind gewaltig und könnten durch koordinierte Durchsetzung von Steueransprüchen abgeschöpft und öffentlichen Investitionen und Förderungen zugeführt werden. „Koordinierte Steueransprüche“ bedeutet: Die Staaten behalten ihre nationale Steuerhoheit, es würden aber die Kooperationen in der Durchsetzung dieser nationalen Ansprüche verbessert. Darüber hinausgehend wäre eine schrittweise Angleichung/Harmonisierung von Steueransprüchen denkbar - auch dies enthalten in Macrons Sorbonne-Vorschlägen! Durch eine Einigung der EU Staaten auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei Konzernsteuern, in Verbindung mit einem Mindeststeuersatz UND verbesserten Kooperations- und Transparenzmöglichkeiten könnten die Staaten erneut hohe Beträge für nationale Investitionen generieren.

Selbst beim Stichwort „Fiskalunion“ gibt es Vorschläge, die der Subsidiarität Rechnung tragen würden. Eine europäische Einkommenssteuer wäre ein transparenterer innereuropäischer Solidaritäts- und Umverteilungsmechanismus von Reich nach Arm, als es die aktuelle EU Regionalförderung ist: Arme Länder hätten zunächst mehr Mittel für Investitionen. Der Vorschlag etwa einer europäischen Arbeitslosenversicherung wäre darüber hinaus sogar ein gegenseitig finanziertes soziales Absicherungssystem mit der Kostenaufteilung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit und könnte ein Weg hin zu einer Sozialunion sein, der die EU näher zu den Menschen bringt.

All dies wäre innerhalb einer subsidiär-föderalen Struktur möglich, ohne dass Mitglieder Souveränität aufgeben müssten, wie es das von Macron vorgeschlagene Eurozonenbudget erfordern würde.

Last not least müssten vor allem Deutschland, aber auch andere Profiteure der bisherigen Eurozonenpolitik, einen Beitrag zur Senkung des Leistungsbilanzüberschusses leisten: Maßnahmen zur Ankurbelung der Binnennachfrage, die Importe aus anderen Ländern nach sich ziehen würden. Das läge in der Verantwortung der Tarifpartner ebenso wie in der Verantwortung des Staates dort, wo es um die Anhebung und Ausweitung tariflicher Mindestlöhne (Allgemeinverbindlichkeitserklärung) oder gesetzlicher Mindestlöhne geht. Darüber hinaus ist an die Steigerung öffentlicher Investitionen (Infrastruktur, Bundeswehr, Umweltschutz...), oder der Schaffung von Rahmenbedingungen zur Steigerung von mehr privaten Investitionen erfordern (Auflagen zur Förderung der Energiewende...) zu denken.

Machbarkeitsüberlegungen

Selbstverständlich ist all dies nicht von heute auf morgen umsetzbar. Die Schwierigkeiten sind unübersehbar. Das beginnt bereits beim Begriff des „Gemeinwohls“: Selbst innerhalb der katholischen Kirche wird er im angelsächsischen Kontext mit anderen Inhalten gefüllt als im kontinentalen Kontext. Dies führt wiederum zu abweichenden Schlussfolgerungen. Konkret: Während etwa im kontinentalen Diskurs ein Mindesteinkommen als denkbar gilt, wird es von angelsächsischen Autoren, vermutlich nicht zuletzt, weil sie in derselben geistesgeschichtlichen Tradition stehen wie die Väter und Mütter des angelsächsisch geprägten Neoliberalismus, zurückgewiesen (Booth 2007, 38 & 91ff).

Gleichwohl ist es bereits ein Fortschritt, wenn über eine „Gemeinwohlökonomie“ anstelle der „Marktwirtschaft“ diskutiert wird: Der Referenzrahmen für die gesellschaftliche Diskussion ist ein anderer, nicht zuletzt, weil Gemeinwohl per se mit Personalität und den Rechten eines jeden Individuums in Verbindung steht; das Gemeinwohl lässt sich demnach nur dann steigern, wenn es auch den am meisten Benachteiligten real besser geht, und das nicht nur materiell, sondern auch qualitativ. So verstandener Fortschritt bemisst sich am Wohlergehen des untersten gesellschaftlichen Segments.²⁰ Folgt man dem Gemeinwohlanatz, dann haben Subsidiarität, Solidarität und Kooperation einen weit höheren Stellenwert als Konkurrenz oder Nutzenmaximierung. Dennoch wird eine Verständigung darauf schwierig und langwierig – ungeachtet der Tatsache, dass Großbritannien die EU verlassen wird.

Trotzdem kann von einer „Realutopie“ gesprochen werden, und zwar deshalb, weil das Undenkbare ja schon einmal gewagt wurde und nicht schlecht gelungen ist: Nach Jahrhunderten der Selbsterfleischung gaben sich die Völker Europas eine Friedensordnung, die bereits überraschend lange währt. Nun gilt es, aus den bisherigen Schwachstellen zu lernen und eine verbesserte Version anzustreben, die nicht nur den durch Globalisierung gewachsenen Tatsachen Rechnung trägt, sondern zugleich anschaulich, inspirierend, motivierend ist, indem sie alles zusammen führt, was Menschen an Positivem mit Europa verbinden: 50 Jahre Frieden, unvergleichlicher Wohlstand, eine gemeinsame Währung, grenzenlose Reisefreiheit, Vielfalt in Küche, Kunst, Kultur usw. Vieles davon möchte niemand wirklich aufs Spiel setzen. Ein am Gemeinwohl aller orientiertes Europa wäre eine Projektionsfläche für viele, die noch zu begeistern sind. Das zeigt sich etwa in der Resonanz auf Stéphane Hessel's Schrift „Empört euch!“ (2011) oder in der Bewegung „Pulse of Europe“. Unter anderem könnte ein verstärktes Engagement der katholischen Kirche dieser Begeisterung in Europa inhaltlich-institutionelle Festigkeit verleihen. In Ländern, die bislang einer stärkeren Europäischen Integration eher skeptisch gegenüber stehen (nicht nur in Osteuropa, sondern etwa auch Irland), könnte sie für ein solches Zusammenwachsen werben

²⁰ „Aus der Würde, Einheit und Gleichheit aller Personen ergibt sich... das Prinzip des Gemeinwohls, auf das sich jeder Aspekt des sozialen Lebens beziehen muss, um zur Fülle seiner Bedeutung zu gelangen. ... Das Gemeinwohl besteht nicht in der einfachen Summe der Einzelgüter eines jeden Subjekts im sozialen Gefüge. Als Wohl aller und jedes Einzelnen ist und bleibt es gemeinsam, weil es unteilbar ist und nur gemeinsam erreicht, gesteigert und auch auf die Zukunft bewahrt werden kann.“ (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, 133f.).

Ein am Gemeinwohl aller orientiertes Europa würde viele Menschen von neuem begeistern

und die Chance erhöhen, dass gute, begeisternde Initiativen nicht ausgesessen werden und verpuffen. So könnten viele BürgerInnen, die sich aus begründeter Abneigung gegenüber dem Jetzt-Zustand und mangels Alternative den Populisten und Nationalisten zuwenden, diesen wieder abspenstig gemacht und zurückgewonnen werden.

Ganz verwegen wäre die Idee, mehr Demokratie auf diesem Weg zu wagen: Bislang war die Europäische Union ein Elitenprojekt und entsprechend schlecht verstanden und akzeptiert bei der Bevölkerung. Das galt selbst für den Verfassungskonvent, der 2002/2003 eingesetzt wurde, um eine Europäische Verfassung auszuarbeiten. Was spräche eigentlich dagegen, einen solchen Konvent erneut zu berufen, diesmal aber repräsentativer besetzt und mit genügend partizipativen Mitmachmöglichkeiten? Ein solcher Konvent hätte genügend Zeit zur Arbeit, ein entsprechendes Dokument könnte ausreichend diskutiert und approbiert werden bevor 2057 das 100-jährige Jubiläum der Römischen Verträge gefeiert würde. Dann könnte sowohl die oben erwähnte Reformstufe zwei, gar auf der Basis einer demokratischen und populären Verfassung, umgesetzt werden!

Hilfreich ist zunächst die Befreiung von Illusionen, etwa der Angst vor einem Verlust nationaler Souveränität und Identität. Zum ersten: Wie oben gezeigt, gibt es eine nationale Souveränität, die den Namen verdient, schon lange nicht mehr. Hinzu kommt, dass kein einzelner Staat in Europa in der Lage ist, den USA, China oder Russland auf Augenhöhe zu begegnen. Und was ist die nationale Identität? Würde „der Deutsche“ plötzlich ernsthaft auf Pizza und Döner verzichten wollen oder auf Dienste ausländischer Anbieter wie Amazon?

Sodann gilt es, die Missstände transparenter zu machen, entsprechend dem ethischen und zugleich juristischen Diktum I. Kants im Anhang II seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publicität verträgt, sind Unrecht.“ Je offener zutage liegt, wie einfach es für aktuelle Eliten ist, politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu gestalten und wie viel sie vor der Öffentlichkeit verbergen, umso leichter ist es, dies zu verhindern.

Dabei gilt es wachsam zu sein gegenüber deren Versuchen, den Jetzt-Zustand aufzuhübschen, etwa Wachstum ab sofort „inklusive“ zu machen, Wohlstandsgewinne „besser“ zu verteilen, „sozialverträglichere“ und „verantwortlichere“ Formen der Marktwirtschaft („social entrepreneurship“, „Corporate Social Responsibility, „Social Impact Investment“...) zu entwickeln oder „Wohltätigkeit“ über Stiftungen zu organisieren: Allzu oft verstecken sich dahinter Versuche, sich mit Zugeständnissen das Stillhalten breiter Bevölkerungsschichten zu erkaufen. Häufig werden solche Versuche mit der Verbreitung von Angstszenerien kombiniert, die unterstellen, dass jegliche ernsthafte Bemühung, die aktuelle Ordnung in Frage zu stellen, zu Wohlstandsverlusten führen werde. Doch wer würde wohl am meisten verlieren und könnte die Gesellschaft als Ganze das nicht sehr wohl verschmerzen? Zumeist ist dabei von materiellen Wohlstandsverlusten die Rede. Die wird es allerdings auch bei jeder anderen Alternative geben, die zu erreichen sucht, dass der Westen nicht mehr auf Kosten anderer Länder und künftiger Generationen lebt. Europa und die Europäer leben auf hohem Niveau. Entsprechend hat der neueste Bericht des Club of Rome Empfehlungen entwickelt, bei denen die wohlhabenden Staaten vorangehen sollten, weil sie die Folgen leichter

verkräften können als die armen (Randers/Maxton 2016). Hinzu kommt: Materiellem Verzicht stehen nicht-materielle Gewinne gegenüber, etwa soziale Stabilität und Mobilität, Frieden, Gesundheit, Zeit für Zwischenmenschliches, Generationengerechtigkeit, Umweltqualität, weniger Migration.

Eine Reform, die weg führt von einer Überdominanz des Wettbewerbs und hin zu mehr Kooperation hat letztlich die Evolution als stärkstes befürwortendes Argument: Evolutionär und anthropologisch hat sich Kooperation immer als erfolgreicher erwiesen als übertriebene Konkurrenz.²¹

Verantwortlichkeiten

„‘Ah, quelle cathédrale!‘, rief Charles de Gaulle aus, wenn er sich vorstellte, wie das in Zukunft vereinte Europa aussehen würde.“, so beginnt ein Beitrag von Wolf Lepenies über den Einfluss von Christen am Beginn des Europäischen Einigungsprozesses, nur um zu schließen, dass das Europa, das als (christliche) Wertegemeinschaft gedacht war, zu einem „von Egoisten getriebener Markt der Interessen“ verkommen sei (Lepenies 2015). Ergo: Wie beim ersten Anlauf zur Europäischen Integration kommt Christen auch jetzt eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Sie müssen ihr „Alleinstellungsmerkmal“ nach verschiedenen Seiten hin verteidigen: gegenüber der PEGIDA-Bewegung einerseits und gegenüber den nominell christlichen, de-facto aber zunehmend neoliberale Parteien andererseits. Beide beanspruchen ebenfalls die Deutungshoheit darüber, was heutzutage als christlich verantwortungsvolle Politik gelten soll. Dabei steht die katholische Kirche besonders in der Pflicht, ihre Soziallehre wirksam einzubringen und Papst Franziskus weithin Gehör zu verschaffen, der Europa bereits verschiedentlich ins Gewissen geredet hat und immer wieder appelliert, sich auf die eigenen Wurzeln und Traditionen zu besinnen und entsprechend umzukehren. Bei der Entgegennahme des Karlspreises sagte er: „Die Pläne der Gründerväter, jener Herolde des Friedens und Propheten der Zukunft, sind nicht überholt: [...] Sie scheinen einen eindringlichen Aufruf auszusprechen, sich nicht mit kosmetischen Überarbeitungen oder gewundenen Kompromissen zur Verbesserung mancher Verträge zufrieden zu geben, sondern mutig neue, tief verwurzelte Fundamente zu legen.“ (Papst Franziskus 2016). Vor dem Europäischen Parlament betonte er, „dass es überaus wichtig ist, heute eine Kultur der Menschenrechte zu vertiefen, die weise die individuelle, oder besser die persönliche Dimension mit der des *Gemeinwohls* [...] zu verbinden versteht.“ Dazu bot er die Hilfe der Kirche an (Papst Franziskus 2014).

Dies ist nicht einfach, wie die unterschiedliche Interpretation der Prinzipien der Katholischen Soziallehre im kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Kontext belegt, etwa, was einen Mindestlohn betrifft. Es ist auch nicht einfach angesichts des aufkeimenden Nationalismus und Populismus, der in vielen Staaten das Christentum („leit-)kulturell“ verzweckt, wie etwa in Polen, wo die Kirche ähnlich gespalten ist wie die Bevölkerung. Aber der längste Weg beginnt bekanntlich mit dem ersten Schritt, und erst wenn eine Vision formuliert ist, die in diesem Fall nicht der Weg zurück, sondern die Flucht nach vorne ist, kann sie Strahlkraft und

²¹ Siehe beispielsweise Nowak 2011 und Kohn 1987.

Attraktivität entwickeln. „Flucht“ klingt negativ, soll hier aber Befreiendes von den aktuellen Bedrohungen durch rückwärtsgewandte Nationalismen und Populismen signalisieren.

Dennoch scheint die Kirchenführung bereit, einen solchen Prozess mitzutragen, wenn nicht gar zu initiieren: Auf dem Kongress „(Re)Thinking Europe“ forderte der Vorsitzende der europäischen Bischofskonferenz COMECE, Kardinal Reinhard Marx, „es wäre sinnvoll, wieder einen europäischen Konvent einzuberufen.“ Papst Franziskus rief die Kongressteilnehmer dazu auf, Europa wieder eine „Seele“ zugeben, „um Prozesse in Gang zu bringen, die neue Dynamiken in der Gesellschaft erzeugen.“ Es gelte, Menschen als Person wieder wahrzunehmen und in die Gestaltung des Gemeinwesens wieder einzubeziehen. „Nicht von ungefähr haben die Gründerväter des europäischen Projekts gerade dieses Wort gewählt, um dem neuen politischen Subjekt... eine Identität zu geben.“ Heute überwiege der Eindruck, „dass das Gemeinwohl nicht mehr das primäre Ziel ist“, was Egoismen, Nationalismen und Populismen den Weg bereitet. Vorhandene Spaltungen seien aber nur durch Dialog zu überwinden und Christen seien aufgerufen, „der Politik wieder Würde zu verleihen, die als höchster Dienst am Gemeinwohl ... zu verstehen ist.“ Personalität und Partizipation, Dialog und Demokratie werden somit gegen Technokratie, Eurokratie und die „Aneignung der Macht“ gestellt. Kardinal Marx griff dies in der Abschlusspredigt auf und ergänzte: „Unsere Staaten stehen teilweise vor unterschiedlichen Herausforderungen, die von den großen gemeinsamen Aufgaben nicht aufgehoben werden, sondern alle Berücksichtigung finden müssen.“ Und: „Die Soziallehre der Kirche fordert uns auf, die Frohe Botschaft in die konkreten politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu transportieren. Bauen wir an diesem Europa mit, übernehmen wir diese Verantwortung. Gehen wir gestärkt durch diesen Kongress und Dialog in unsere Länder zurück und wirken an der Realisierung der europäischen Idee mit.“²²

Selbstverständlich richtet sich dieser Appell auch an andere christliche Gemeinschaften die sich einer christlichen Sozialethik verpflichtet fühlen. Der Vorteil der katholischen Kirche ist aber, dass sie in Ländern präsent ist, die so verschieden sind wie (z.B.) Irland und die Slowakei, Polen und Portugal, dass sie zugleich aber von einer inhaltlich-institutionelle Einheit geprägt ist, die anderen Kirchen fehlt. Deshalb ist sie am besten aufgestellt bei der Suche nach verbindenden Grundlagen und dem Bemühen, mit einer Stimme zu sprechen.

Die Christen und ihre Kirchen sollten nicht mehr (nur) für Kreuze in Klassenzimmern oder den ausdrücklichen Gottesbezug in Verfassungen eintreten, sondern für ein Europa der Vielfalt, vereint im Geist christlicher Werte. Gelingt den Christen mit einer neuen, attraktiven Vision von einem Europa des Gemeinwohls das „Agenda Setting“, wird die dann aufkommende gesellschaftspolitische Diskussion automatisch für Beachtung, Auseinandersetzung und Unterstützung sorgen – auch in anderen weltanschaulichen Segmenten der europäischen Gesellschaft. Sicher wird diese Vision nicht alle gleichermaßen

²² Zur Konferenz „(Re-)Thinking Europe“ vom 27.-29. Oktober 2017 siehe die Website <http://www.comece.eu/site/eu60dialogue/home> sowie Marx 2017, Papst Franziskus 2017 sowie Deutsche Bischofskonferenz 2017.

begeistern: Das Potenzial für eine neue gruppenübergreifende Große Erzählung ist aber gegeben, gerade weil der Gemeinwohlgedanke derart tief in der europäischen Kultur

Eine neue Große Erzählung vom Gemeinwohl kann Kirchen und Gewerkschaften, Sozialisten und Humanisten, Menschenrechtsgruppen und Umweltaktivisten miteinander verbinden

verankert ist. Deshalb kann er ein Bindeglied sein zwischen vielen Gruppen, die diesen Gedanken tradiert oder entfaltet haben: Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen, Humanisten, Sozialisten und viele andere.

Schließlich sei auf die Erkenntnisse der Glücksforschung verwiesen, die den Gemeinwohlgedanken befruchtet und ihrerseits die Notwendigkeit begründet, die bisher dominierende Verknüpfung von Wohlstand mit wirtschaftlichem und materiellem Wachstum aufzubrechen und stärker die nicht-materiellen Einflüsse auf das „Wohlergehen“ der Menschen zu beachten. Empirische Belege gibt es genügend, angefangen bei den Publikationen des Ökonomen Richard Layard (2005), über diverse Kommissionsberichte, die nach der Weltfinanzkrise Strategien des Umlenkens und Reformierens diskutierten, bis zu den fortlaufenden Publikationen zum OECD *Better-Life-Index*.²³ All dies hatte und hat aber bislang kaum spürbare Folgen für die konkrete Politikgestaltung.

Viele gute Ansätze sind also bereits vorhanden und nichts rechtfertigt es, Neoliberalismus und Populismus alternativlos gewähren zu lassen. Es braucht jedoch ein einigendes, ausrichtendes Moment für die gesellschaftliche Mitte: Wie ein Magnet Eisenspäne anzieht und ausrichtet, könnte eine neue Große Erzählung von einem Europa des Gemeinwohls ein neues soziales Band stiften.

Fazit und Ausblick

Professor Max Otte, der den 2007er Finanzcrash korrekt vorhersagte, warnt, dass nun das „Endspiel“ naht (Toller 2016): Während die USA Donald Trumps und das Post-Brexit Großbritannien den angelsächsischen neoliberalen Wettbewerbskapitalismus etwa in der Steuer- und Sozialpolitik nochmals befeuern, und Chinas Staatskapitalismus ebenfalls keine geeignete Antwort auf die globalen Krisen in den Bereichen Arbeit, Ungleichheit und Klima ist, wäre es umso wichtiger, dass Kontinentaleuropa einen Gegenentwurf entlang der skizzierten Vorschläge auf den Weg bringt und die Christen dabei eine treibende Kraft sind:

Ein dermaßen reformiertes Europa hätte viele Vorteile:

- Wohlstand würde weniger an materiellem Wachstum und stattdessen mehr an Wohlergehen und Lebensqualität gemessen.
- Aufgrund der Größe Europas und seines Marktes gäbe es einen hinreichend großen, demokratisch regulierten Markt, der eine solche Reform auch seitens Investoren, Produktion und Konsum attraktiv und sozial-ökologisch nachhaltig tragfähig machen würde.

²³ Siehe etwa die Berichte der Stiglitz/Sen/Fitoussi Kommission (2009) oder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2013) sowie Alt/Drempetic 2012.

- Im Gegensatz zur aktuellen Situation wäre die eingangs geschilderte Spannung zwischen grenzübergreifenden „Flüssen“ und unzureichenden „Nationalstaatscontainern“ in einem großen regionalen Binnenraum aufgehoben.

Dabei ist es nicht erforderlich, dass alle 27 EU Staaten von Anfang an dabei sind. Vielleicht folgen einige, etwa Irland oder die osteuropäischen Staaten, lieber dem britischen Weg? Wie beim ersten europäischen Anlauf reicht es auch jetzt, wenn eine nennenswerte Staatengruppe vorangeht.

Das alles darf jedoch nicht zu einem gemeinsamen europäischen Egoismus auf Kosten anderer werden. Das Gegenteil muss sich vor allem mit Blick auf die afrikanischen Länder bewähren:

- Die Beziehung zwischen Europa und Afrika, die nicht nur mit Blick auf die geschichtliche Verpflichtung eine besondere ist, könnte in vielerlei Hinsicht eine symbiotische werden: Das betrifft sowohl die unterschiedlichen demographische Entwicklungen als auch den Austausch von Technologie und Rohstoffen. Es gibt für diese Überlegungen bereits anschlussfähige sozioethische Ansätze (Koudissa 2016).
- Auch in Afrika wäre, analog zur Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten, eine geschützte Regionalisierung zum Aufbau eigener Industrie wichtig (Beckert 2017). Zudem leider auch dort viele Länder unter intransparentem Lobbyismus, nationalistischen und fremdenfeindlichen Strömungen. Entsprechend könnten viele Transformationsprozesse gemeinsam vorangetrieben werden.
- Aufgrund seiner historischen Verantwortung wäre Europa gegenüber Afrika in einer Bringschuld. Entsprechend muss das reformierte Europa gerade hier beweisen, dass seine entwicklungs- und handelspolitischen Angebote eine auf der Achtung der bürgerlichen und sozialen Menschenrechte basierende Partnerschaft verfolgen – auch in der Migrationspolitik.

Literatur²⁴

Alt, Jörg (2003): Leben in der Schattenwelt. Karlsruhe.

Ders. (2009): Globalisierung, illegale Migration, Armutsbekämpfung - Analyse eines komplexen Phänomens. Karlsruhe.

Ders. (2014): Setting the frame: Catholic Social Teachings relevance for the project "Tax Justice & Poverty". Abgerufen von Tax Justice & Poverty: <http://tinyurl.com/tjp-alt02>

Ders. (2016): Wir verschenken Milliarden - Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt "Steuergerechtigkeit und Armut". Würzburg.

Ders. (April 2017): Ungleichheit und Populismus: Gegensteuern. Stimmen der Zeit (4), 240-256.

²⁴ Die Aktualität der Links ist der 24. November 2017.

- Ders. (o.J.): Katholische Soziallehre als Alternative zum neoliberalen Paradigma? Abgerufen von Tax Justice and Poverty: <http://tinyurl.com/tjp-alt03>
- Ders. u.a. (22. April 2016a): Concepts and Context of the Research - Technical Version. Chapters 1-4. Abgerufen von Tax Justice & Poverty - Introduction: <http://tinyurl.com/tjp-I4technical-1-4>
- Ders. u.a. (22. April 2016b): Concepts and Context of the Research - Technical Version. Chapters 5-8. Abgerufen von Tax Justice & Poverty - Introduction: <http://tinyurl.com/tjp-I4technical-5-8>
- Ders. & Drempetic, S. (2012): Wohlstand anders denken - Lehren aus den aktuellen Weltkrisen. Würzburg.
- Bach, S. (2016): Wachsende Einkommens- und Vermögenskonzentration, sinkende Umverteilung in Deutschland. In J. Alt, & P. Zoll, Wer hat, dem wird gegeben? (13-24). Würzburg.
- Barbière, C. (9. September 2017): Juncker: Steuerfragen nicht mehr einstimmig beschließen. Abgerufen von Euractive: <http://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/juncker-steuerfragen-nicht-mehr-einstimmig-beschliessen/>
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt.
- Ders. (27. April 2007): "Recht auf Migration". Abgerufen von Die Zeit: <http://www.zeit.de/online/2007/18/migration-beck>
- Beckert, N. (23. Januar 2017): Fluchtursachen: Deutschlands neue Afrikapolitik. Abgerufen von Heise: https://www.heise.de/tp/features/Fluchtursachen-Deutschlands-neue-Afrikapolitik-3594692.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich
- Booth, P. (2007): Catholic Social Teaching and the Market Economy. London.
- Bosch, G., & Kalina, T. (2015): Die Mittelschicht in Deutschland unter Druck. Universität Duisburg-Essen.
- Brinkhaus, R. (10. Februar 2017): Besser statt laxer. Handelsblatt, 13.
- Committee of Privy Counsellors. (2016): The Iraq Report. London.
- Deutsche Bischofskonferenz. (29. Oktober 2017): Abschluss des Kongresses "(Re-)Thinking Europe". Abgerufen von Deutsche Bischofskonferenz: <http://www.dbk.de/nc/presse/details/?presseid=3507>
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Berlin.
- Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität". (2013): Schlussbericht. Bonn.
- European Commission. (2017): White Paper on the Future of Europe. Brussels: European Commission.
- Felber, C. (2014): Gemeinwohlökonomie. Wien.

- Freeman, R. B. (1. Mai 2012): Toward Economic Feudalism? Inequality, Financialisation, and Democracy. Abgerufen von London School of Economics: http://www.lse.ac.uk/publicEvents/pdf/2012_ST/20120502-Richard-Freeman.pdf
- Fricke, T. (16. September 2016): Abstiegsangst schafft Feinde. Abgerufen von Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/afd-iwh-studie-abstiegsangst-schafft-feinde-a-1112567.html>
- Friedman, M. (1982): Capitalism and Freedom. Chicago.
- Guérot, U. (2016). Warum Europa eine Republik werden muss. Bonn.
- Hartwich, O. M. (21. Mai 2009): Neoliberalism: The Genesis of a Political Swearword. Abgerufen von The Centre for Independent Studies: <http://www.ort.edu.uy/facs/boletininternacionales/contenidos/68/neoliberalism68.pdf>
- Hengsbach, F. (2017): Zu oft auf Messers Schneide - wie lange hält die EU das aus? *Amos International*(2), 37-44.
- Hessel, S. (2011): Empört euch! Berlin.
- High Level Group on Own Resources. (2016): Future Financing of the EU.
- Hoffmann, J. (2016): Eigentum verpflichtet - Rahmenbedingungen zur Begrenzung von Gewinnmaximierung durch Unternehmen und Superreiche. In J. Alt, & P. Zoll, Wer hat, dem wird gegeben? (144-154). Würzburg.
- Höltzsch, R. (15. November 2016): Stiglitz und Pieth fordern Isolierung von Steueroasen. Abgerufen von Neue Zürcher Zeitung: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/kampf-gegen-steuerflucht-korruption-und-geldwaesche-quarantaene-fuer-steueroasen-ld.128403>
- Hyll, W., & Schneider, L. (16. März 2016): Social Comparisons and Attitudes towards Foreigners. Evidence from the 'Fall of the Iron Curtain'. Halle.
- Kirchhof, P. (Juni 2011): Bundessteuergesetzbuch. Abgerufen von http://docs.dpaq.de/16-kirchhof_bstgb_sonderdruck.pdf
- Kohn, A. (September 1987): The Case Against Competition. Abgerufen von [Alfiekohn.org](http://www.alfiekohn.org): <http://www.alfiekohn.org/article/case-competition/>
- Koudissa, J. (2016): Keiner für sich allein - alle füreinander. Anregungen aus der Kosmogonie der Bakongo. In J. Alt, & P. Zoll, Wer hat, dem wird gegeben? (77-86). Würzburg.
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft - Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt.
- Leipold, A. (Juni 2016): Ergebnisse einer Diskursnetzwerkanalyse zur Debatte um die Reform der Erbschaftsteuer in Deutschland, 2013-2016. Abgerufen von Researchgate: <https://www.researchgate.net/publication/311419562>
- Lepénies, W. (13. November 2015): Unser Europa soll eine christliche Kathedrale sein? Abgerufen von Die Welt: <https://www.welt.de/kultur/article148804300/Unser-Europa-soll-eine-christliche-Kathedrale-sein.html>

- Lyotard, J.-F. (1979): *The Postmodern Condition: A Report on Knowledge*. Manchester.
- Marx, R. (28. Oktober 2017). Ansprache anlässlich der Abschlusszeremonie des Dialogs (Re-)Thinking Europe. Abgerufen von Deutsche Bischofskonferenz:
http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-183a-COMECE-Kongress-Statement-Kard.-Marx.pdf
- Merkel, A. (31. Januar 2009): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum. Abgerufen von Bundesregierung.de:
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/01/14-3-bk-davos.html>
- Merkel, A. (1. September 2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho. Abgerufen von Bundesregierung.de:
<https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzn/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html>
- Milanovic, B. (1. Juli 2016): The greatest reshuffle of individual incomes since the Industrial Revolution. Abgerufen von VOX CEPR's Policy Portal: <http://voxeu.org/article/greatest-reshuffle-individual-incomes-industrial-revolution>
- Nowak, M. (2011): *Super-Cooperators. Evolution, Altruism and Human Behavior*. London.
- Oxfam. (2017): *An Economy for the 99%*. London: Oxfam.
- Papst Benedikt XVI. (26. Juni 2009): *Caritas in Veritate*. Abgerufen von Vatikan:
http://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20090629_caritas-in-veritate.html
- Papst Franziskus. (25. November 2014): Ansprache des Heiligen Vaters an das Europaparlament. Abgerufen von Vatikan:
https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html
- Papst Franziskus. (24. Mai 2015): *Laudato Si - Über die Sorge für das Gemeinsame Haus*. Abgerufen von Vatikan:
http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html
- Papst Franziskus. (6. Mai 2016): Ansprache von Papst Franziskus anlässlich der Verleihung des Karlspreises. Abgerufen von Vatikan:
http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/may/documents/papa-francesco_20160506_premio-carlo-magno.html#_ftnref4
- Papst Franziskus. (28. Oktober 2017): Ansprache während der Audienz anlässlich der Konferenz "(Re-)Thinking Europe". Abgerufen von Deutsche Bischofskonferenz:
http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-183b-COMECE-Kongress-Papst-Franziskus-Ansprache-Audienz.pdf
- Papst Johannes Paul II. (27. April 2001): Ansprache an die Mitglieder der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften. Abgerufen von Vatikan:

https://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/speeches/2001/april/documents/hf_jp-ii_spe_20010427_pc-social-sciences.html

- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden. (2006): Kompendium der Soziallehre der Kirche (2. Ausg.). Freiburg.
- Piketty, T. (2014): *Capital in the twenty-first century*. Cambridge MA.
- Randers, J., & Maxton, G. (2016). Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen. München
- Schäfers, M. (3. Februar 2017): Wilder Westen in der Steuerpolitik. Abgerufen von Frankfurter Allgemeine Zeitung:
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/donald-trump-und-theresa-may-heizen-den-steuerwettbewerb-an-14826690.html>
- Schmidt, H. (15. Januar 2009): Wie entkommen wir der Depressionsfalle? Abgerufen am 14. Februar 2017 von Die Zeit: <http://www.zeit.de/2009/04/Wirtschaftskrise>
- Schumann, H. (26. Februar 2013): Staatsgeheimnis Bankenrettung. Abgerufen von You Tube: <https://www.youtube.com/watch?v=HrptpTTs3oM>
- Schwarz, J. (17. April 2017): Here's a Way to Shut Down Panama Papers-Style Tax Havens — If We Wanted To. Abgerufen von The Intercept:
<https://theintercept.com/2016/04/17/heres-a-way-to-shut-down-panama-papers-style-tax-havens-if-we-wanted-to/>
- Stiglitz, J. (Dezember 2012): Das Ende des Amerikanischen Traums - Die Vereinigten Staaten auf dem Weg zur Erboligarchie. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 36-59.
- Ders. u.a. (2009): *Mismeasuring Our Lives*. New York.
- Toller, A. (27. Dezember 2016): "Wie die DDR im Endstadium". Abgerufen von Wirtschaftswoche: <http://www.wiwo.de/finanzen/boerse/max-otte-wie-die-ddr-im-endstadium/19179340-all.html>
- Turner, A. (27. August 2009): How to tame global finance. Abgerufen von Prospect: <http://www.prospectmagazine.co.uk/features/how-to-tame-global-finance>
- WBGU. (2011). *Hauptgutachten Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen.
- Wilkinson, R., & Pickett, K. (2009): *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*. London.

Autoreninformation

Jörg Alt SJ (*1961), Dr. phil., seit 1981 Mitglied des Jesuitenordens, abgeschlossene Studien der Philosophie, Theologie und Soziologie; bekannt vor allem durch Veröffentlichungen zur Migrationsforschung sowie durch den Aufbau und die Leitung der Kampagne „Steuer gegen Armut – Finanztransaktionssteuer“; zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zu diesen und weiteren Themen; weiteres zu den Engagements und Publikationen von Pater Jörg Alt unter: www.joergalt.de.